

Stand: 11.05.2025 19:05:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4830

"Schutz von Frauen gegen Gewalt endlich umsetzen: Finanzierung der Frauenhäuser an den wirklichen Bedarf anpassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4830 vom 18.11.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/6641 des SO vom 20.02.2020
3. Beschluss des Plenums 18/7036 vom 19.03.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.03.2020



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher, Inge Aures, Martina Fehlner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Schutz von Frauen gegen Gewalt endlich umsetzen: Finanzierung der Frauenhäuser an den wirklichen Bedarf anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die folgenden Maßnahmen für einen besseren Schutz für Frauen und Kinder, die von Gewalt bedroht sind, umzusetzen:

1. Vorlage eines Gesetzentwurfs, der in Bayern ein differenziertes und bedarfsgerechtes Beratungs- und Interventionsangebot für von Gewalt bedrohte Frauen und eine Finanzierung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen/Notrufen und angegliederten Interventionsstellen transparent und verlässlich festschreibt. Auf der Basis einer klaren Aufgabenzuweisung auf Landes- und kommunaler Ebene müssen einheitliche Rechtsgrundlagen, Kosten- und Finanzbeteiligungen festgelegt werden.
2. Insbesondere muss eine Aufteilung der Kosten für Investitionen und den laufenden Betrieb der Hilfseinrichtungen so geregelt werden, dass die finanzielle Belastung der Träger und der kommunalen Ebene reduziert wird. Um dies zu gewährleisten, muss eine Dynamisierung der staatlichen Förderung zum Ausgleich der laufenden Personalkostensteigerungen erfolgen.
3. Erstellung eines Gesamtkonzepts für den Ausbau des Hilfesystems für von Gewalt bedrohte Frauen in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden. Der Ausbau soll auf der Grundlage der Empfehlungen der Studie zur Bedarfsermittlung zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern der Universität Erlangen-Nürnberg erfolgen und im Schwerpunkt die folgenden Ziele umsetzen:
 - Erhöhung der personellen Kapazitäten in Frauenhäusern und Fachberatungsstellen bzw. Notrufen
 - bedarfsgerechte Überarbeitung der Bayerischen Richtlinien für Frauenhäuser und Frauennotrufe auf der Basis der Forderungen der Träger der Einrichtungen
 - Ausbau der Frauenhausplätze um 35 Prozent und der Zahl der Frauenhäuser auf mindestens ein Frauenhaus pro Landkreis / kreisfreier Stadt, einen Schutzplatz für Frauen pro 7.500 Einwohnerinnen und Einwohner und einen Schutzplatz für die Kinder der Frauen pro 7.500 Einwohnerinnen und Einwohner
 - Erarbeitung von Schutzkonzepten für Frauen mit spezifischem Betreuungsbedarf aufgrund psychischer Erkrankung, Sucht, Behinderung, altersbedingter Pflegebedürftigkeit sowie für Frauen mit älteren Söhnen
 - Entwicklung von Hilfen zur Wiedereingliederung der Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus auf dem Wohnungsmarkt und in die Arbeitswelt (Second-Stage-Projekte)
 - Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle für die Vernetzung und den Austausch von Interventionsstellen und deren Austausch mit Polizei sowie Familien- und Strafgerichten

- ein Konzept für eine nachhaltige Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit
- 4. Einsatz auf Bundesebene für einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe vor Gewalt für Frauen und Kinder, sodass allen von Gewalt betroffenen Frauen mit ihren Kindern der unbürokratische Zugang zu Schutz und Hilfe ermöglicht wird.

Begründung:

Mit der neuen, seit dem 01.09.2019 geltenden „Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen/Notrufen und angegliederten Interventionsstellen in Bayern“ wurde keine entscheidende Verbesserung für die Personalausstattung für Frauenhäuser und Notrufe in Bayern erreicht. Mit dem jetzt vorgesehenen Personalschlüssel von 1,5 Stellen für sieben Frauenhausplätze entspricht die Richtlinie für die staatliche Personalkostenförderung nicht den jahrelangen Forderungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die sich für zwei Stellen eingesetzt hatte.

Der Städte- und Landkreistag kritisiert, dass es keine klare Aufgabenzuweisung auf Landes- und kommunaler Ebene gibt, sondern eine Reihe von unterschiedlichen Rechtsgrundlagen zu verschiedentlichen Kosten- und Finanzbeteiligungen führt. Zudem führen fehlende Regelungen zur Dynamisierung der staatlichen Förderung zum Ausgleich der Personalkostensteigerungen zu Defizits-Übernahmeregulungen zu Ungunsten der kommunalen Ebene.

Neben dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Frauenhäuser muss so auch die Finanzierung neu organisiert und abgesichert werden. Die Inkonsistenz und Komplexität der derzeitigen Finanzierungsregelungen für Frauenhäuser führen dazu, dass die Hilfe für viele Frauen vor Ort nicht übernommen werden kann. Die Kommunen tragen bei der Frauenhausfinanzierung mit Abstand den größten Finanzierungsanteil, hinzu kommen Beiträge der betroffenen Frauen bzw. der Sozialleistungssysteme. Die Kostenübernahme ist abhängig davon, ob die gewaltbetroffene Frau einen Anspruch auf Sozialleistungen hat. Dadurch haben Frauenhäuser Probleme bei der Aufnahme ortsfremder Frauen und die Aufenthaltszeiten werden durch Kostenträger begrenzt. Viele Häuser sind auf hohes Spendenaufkommen und ehrenamtliches Engagement angewiesen, um z. B. Frauen ohne Kostenübernahme trotzdem Schutz zu gewähren oder einen reibungslosen organisatorischen Ablauf im Haus zu gewährleisten.

Für einen umfassenden Schutz für von Gewalt betroffener Frauen muss die lebensnotwendige Arbeit der Frauenhäuser und Notrufe in Bayern endlich an die veränderten Bedingungen angepasst werden. Nach Art. 23 der Istanbul-Konvention ist die Einrichtung von geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl zu ermöglichen, um Opfern, insbesondere Frauen und ihren Kindern, eine sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Die Anzahl der Schutzunterkünfte soll sich nach dem tatsächlichen Bedarf richten, was eine kontinuierliche Weiterentwicklung und bedarfsgerechte Anpassung der Hilfsangebote bedingt. Davon ist Bayern weit entfernt.

Die dramatische Situation der Frauenhäuser und Notrufe ist der Staatsregierung im Detail bekannt. Seit drei Jahren liegt ein vom Sozialministerium beauftragtes, detailliertes Gutachten der Universität Erlangen-Nürnberg vor, das die geringen Stellenkapazitäten in den Frauenhäusern und den Mangel an Plätzen drastisch darstellt. Laut der Studie muss jede zweite Frau abgewiesen werden, weil die Häuser überfüllt sind.

Die bayerischen Frauenhäuser sind nicht ausgestattet, Frauen mit besonderem Hilfsbedarf aufzunehmen, auch nicht psychisch- oder an Suchterkrankte und Frauen mit Behinderungen. Auch der Wunsch nach Mitaufnahme älterer Söhne kann Ausschlusskriterium sein. Frauen, die von Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung betroffen sind, brauchen ebenso spezialisierte Stellen wie weibliche Flüchtlinge und Frauen mit Migrationshintergrund.

Der Auszug aus dem sicheren Frauenhaus ist ein schwieriger Schritt für von Gewalt betroffene Frauen. Fehlende Perspektiven und Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche können zu einer Rückkehr in alte oder neue Gewaltbeziehungen und damit zum nächsten Frauenhausaufenthalt führen. Second-Stage-Angebote zur Vermittlung von Wohnraum und Hilfe bei der Arbeitssuche sind für die Frauen lebensnotwendig. Der

dringende Bedarf wird von den Wohlfahrtsverbänden schon seit Jahren formuliert. Die von der Staatsregierung nun geplanten Modellprojekte können im geplanten Umfang diesen Bedarf nicht decken.

Von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen und deren Kinder müssen einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe vor Gewalt erhalten. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass er seiner Schutzfunktion für die Bürgerinnen und Bürger umfassend gerecht wird. Über eine Million Frauen in Bayern sind laut der Studie des Instituts für empirische Soziologie im Laufe ihres Lebens Opfer sexueller Gewalt geworden. 140.000 Frauen werden pro Jahr Zielscheibe sexueller oder körperlicher Gewalt, 90.000 werden schwer misshandelt. Die Dunkelziffern sind hoch. Die Folgen der Gewalt für die Betroffenen sind langfristig: Gewalt gegen Frauen ist mit gravierenden gesundheitlichen Folgen verbunden, mit Verletzungsfolgen, langfristigen psychischen und psychosomatischen Beeinträchtigungen bis hin zu Behinderungen. Folgen sind auch Schädigungen der mitbetroffenen Kinder und die damit verbundene Weitervermittlung von Gewalt in die nächste Generation. Seit Jahren wird in Bayern von den Verantwortlichen der Frauenhäuser die völlig unzureichende Betreuungssituation in den dringend notwendigen Einrichtungen angemahnt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher
u.a. SPD
Drs. 18/4830**

**Schutz von Frauen gegen Gewalt endlich umsetzen: Finanzierung der Frauen-
häuser an den wirklichen Bedarf anpassen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatlerin: **Sylvia Stierstorfer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 23. Januar 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 20. Februar 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher, Inge Aures, Martina Fehlner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Drs. 18/4830, 18/6641

Schutz von Frauen gegen Gewalt endlich umsetzen: Finanzierung der Frauenhäuser an den wirklichen Bedarf anpassen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Gleichberechtigte Teilhabe für gehörlose und schwerhörige Menschen - Einführung eines Gehörlosengeldes
 Drs. 18/3753, 18/6594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Waldmann SPD
 Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen optimal begleiten und versorgen
 Drs. 18/4577, 18/6799 (A)

Auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
 Votum des mitberatenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Stefan Schuster, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Bayern barrierefrei 2023 - Unterstützung für Kommunen
Drs. 18/4829, 18/6794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Schutz von Frauen gegen Gewalt endlich umsetzen: Finanzierung der Frauenhäuser an den wirklichen Bedarf anpassen
Drs. 18/4830, 18/6641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

11. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Angemessene Bezahlung für Lehrkräfte an Privatschulen in Bayern garantieren!
Drs. 18/4831, 18/6801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☒	☐

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. AfD
Haushalte und Betriebe vor weiteren finanziellen Belastungen schützen:
Keine CO2-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr -
Industrie aus dem europäischen Emissionshandel ausgliedern
Drs. 18/4865, 18/6733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen besser unterstützen - Jugendsozialarbeit an Schulen stärken
Drs. 18/4956, 18/6642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt
u.a. und Fraktion (FDP)
Begleitung der Einführung der dualen Ausbildung in Tschechien
Drs. 18/4987, 18/6741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

[illegible]

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kinderbetreuung in Bayern - Staatliche Förderung flexibilisieren, kleine Betreuungseinheiten fördern
Drs. 18/4996, 18/6478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

16. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Patientendaten besser schützen
Drs. 18/5023, 18/6816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

17. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. AfD
Gewalt gegen medizinisches Personal - Expertengespräch
Drs. 18/5038, 18/6795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen
Drs. 18/5072, 18/6771 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

19. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Online - aber sicher! - Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit
Drs. 18/5074, 18/6706 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒ ENTH	☐	☐	☐	☐

20. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag zur Situation der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Bayern
Drs. 18/5142, 18/6734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer,
Dr. Ralph Müller AfD
Schutz der bayerischen Kulturgüter: Berichtsantrag zu den
Sicherheitsvorkehrungen in staatlichen und nichtstaatlichen Museen
sowie in Gebäuden und Monumenten mit herausragender kultureller
Bedeutung
Drs. 18/5144, 18/6784 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine starke Vertretung regionaler Interessen auf EU-Ebene - Rolle
des Ausschusses der Regionen stärken
Drs. 18/5177, 18/6742 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold,
Markus Rinderspacher, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
Stärkung des Europäischen Betriebsrats (EBR)
Drs. 18/5179, 18/6743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der bayerischen
Entwicklungszusammenarbeit: Entwicklungspolitischen Bericht dringend
nachbessern!
Drs. 18/5181, 18/6744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD) Europäische Arbeitslosen-Rückversicherung einführen
Drs. 18/5318, 18/6745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher modernisieren
Drs. 18/5320, 18/6636 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

30. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Grünes Band - Erfolgsgeschichte für den Naturschutz fortschreiben
Drs. 18/5484, 18/6581 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

31. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Volker Bauer u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zusätzliche Belastung der Kommunen vermeiden - Keine Versicherungsteuer auf Beihilfeablöseversicherungen
Drs. 18/5500, 18/6773 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

[illegible]

32. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Voller Einsatz für den Wald und die Waldbesitzer
Drs. 18/5502, 18/6644 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

[illegible]

36. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und kommunalen Angestellten umfassend analysieren
Drs. 18/5578, 18/6595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

37. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Handlungsbedarf nach Expertenanhörung zur Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern
Drs. 18/5579, 18/6596 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

38. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Johannes Hintersberger, Manfred Ländner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verdienste bayerischer Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz anerkennen
Drs. 18/5613, 18/6747 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒	☒

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganzheitliche Weiterentwicklung und Modernisierung der Erzieherausbildung sicherstellen
Drs. 18/5627, 18/6637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

43. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen u.a. SPD
Freiheit für den uigurischen Menschenrechtsaktivisten Ilham Tohti
Drs. 18/5628, 18/6748 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

44. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster u.a. SPD
Taiwans Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsversammlung (WHA) wiederherstellen
Drs. 18/5630, 18/6749 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

45. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Respekt für Demokratie und Kommunalpolitik! Kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen und beschützen - I
Drs. 18/5652, 18/6597 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒	☒

46. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Respekt für Demokratie und Kommunalpolitik! Kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen und beschützen - II
Drs. 18/5653, 18/6598 (G)

**Auf Antrag der SPD- und der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. 3
BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ A	☒	☒	☒ A	☒ A

47. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Respekt für Demokratie und Kommunalpolitik! Kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen und beschützen - III
Drs. 18/5654, 18/6599 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒	☒ ENTH

48. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u.a. CSU Respekt für Demokratie und Kommunalpolitik! Kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen und beschützen - IV Drs. 18/5655, 18/6600 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

[illegible]

49. Antrag des Abgeordneten Christian Klingen AfD
Begründung von Haltestellenhäuschen bayernweit umsetzen!
Drs. 18/5672, 18/6540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP

50. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenziale der Copernicus-Daten für die Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie nutzen
Drs. 18/5699, 18/6541 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

51. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild
u.a. SPD
Mode für den Müll ist nicht schick - für nachhaltigere Lösungen statt
"Fast Fashion" in der Textilbranche
Drs. 18/5731, 18/6722 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

52. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Martin Böhm
u.a. und Fraktion (AfD)
Die weitere Aufweichung des Artenschutzes für den Windkraftausbau
verhindern!
Drs. 18/5742, 18/6582 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

53. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild
u.a. SPD
Expertenanhörung: Ressourcenverbrauch senken - Bayern muss jetzt
handeln!
Drs. 18/5759, 18/6542 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐ ENTH